



20.10.2014

Schwindelerregende Mehrkosten durch die Ver.di-Forderungen

Warnstreiks mit Guerilla-Taktik quer durch NRW

Dortmund. Bislang letztes Mittel in Tarif-Auseinandersetzungen, streiken Gewerkschaften immer häufiger zuerst und verhandeln anschließend. Mit einer Serie von Nadelstich-Warnstreiks überzieht Ver.di gerade die AWO Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. Diese Guerilla-Taktik soll Forderungen durchsetzen helfen, die die Arbeiterwohlfahrt in Existenznöte bringt – und die Verbraucher viel Geld kosten könnte.

Seit Wochen zieht sich schon ein öffentlicher Schaukampf hin, mit dem Ver.di den Wohlfahrtsverband überzieht. Die Liste der Forderungen ist lang: von freien Tagen nur für Gewerkschaftsmitglieder über Einmalzahlungen bis hin zu prozentualen Aufschlägen. Der AWO-Bezirk Westliches Westfalen hat sie in ihren Konsequenzen hochgerechnet: Allein für die Einrichtungen in den beiden Regierungsbezirken Arnsberg und Münster führen sie zu einer Verteuerung der Personalkosten (ohne Zulagen für Auszubildende) um rund 40 Millionen Euro – und damit in der Endkonsequenz zu einem Plus von 9,1 Prozent bei den Lohn- und Gehaltskosten im Vergleich mit dem heutigen Stand.

Die nordrhein-westfälischen AWO-Arbeitgeber haben indes den Beschäftigten eine stufenweise Anhebung der Löhne und Gehälter um 3,5 Prozent, eine Ausweitung des Urlaubsanspruchs auf durchweg 30 Tage und Pauschalzuschläge für besonders belastete Berufsgruppen angeboten – in der Summe eine Mehrbelastung pro Jahr von 18 Millionen oder rund vier Prozent für die AWO. Die muss sich das Geld ohnehin zurückholen: Für eine Reihe von Einrichtungen (wie bei den Kindertagesstätten) beim Staat, für die Pflegeeinrichtungen auch bei den Sozialkassen. Wann das überhaupt gelingt ist fraglich:

Sicher ist indes: „Letztlich muss die breite Bevölkerung dafür zahlen“, sagt Bezirksgeschäftsführer *Wolfgang Altenbernd*. Und da zu glauben, eine Verteuerung von 9,1 Prozent durchsetzen zu können, „liegt fern aller Wirklichkeit“. Bleibe es bei der Ver.di-Forderung, werde das Gehaltsplus zu Lasten der Substanz gehen.

Wolfgang Altenbernd hält es indes für völlig absurd, dass Ver.di gegenwärtig beinahe jeden Tag neue Warnstreiks in einem anderen Landesteil anzettelt, ohne bislang überhaupt konkret über den

Arbeitgebervorschlag verhandelt zu haben. „Denn wenn Ver.di mit der Situation der Beschäftigten in der Sozialwirtschaft insgesamt unzufrieden ist, muss sie sich an die Politik richten. Die kann wirklich andere Bedingungen schaffen – und da sind wir auch nicht auseinander.“

An den Verhandlungstisch will Ver.di übrigens erst Ende Oktober wieder zurückkehren, nachdem bisher über zwei Monate nur Grundsatzpositionen ausgetauscht wurden und jede Menge völlig unnötiger Warnstreiks stattfanden.

Redaktion: Jörg Richard, AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e.V., Kronenstr. 63-69,
44139 Dortmund

info@awo-ww.de

awo-ww.de